

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei und des Verbands deutscher Arbeitervereine.

No. 13.

Leipzig, den 27. März.

1869.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12½ Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren G. Hofmann, Brühl 40, G. Richter, Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein, Universitätsstraße, und die Expedition d. Blattes in der Wohnung des Herrn A. Bebel, Petersstraße 18. Für Dresden Filialexpedition (interimistisch) M. Hendel, Ballstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika etc. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London. Agent für London: A. Duenfing, Foreign Bookseller, Librarian and Newsagent, 8, Little Newport Street, Leicester Square, W. C.

An unsere Leser

richten wir die freundliche Bitte, da mit dem 1. April ein neues Quartal beginnt, das Abonnement bei den Postanstalten und Buchhandlungen sofort zu erneuern, damit in der Zusendung des Blattes keine Unterbrechung eintritt.

Kreuzbandsendungen werden wir für das neue Quartal nur dann befördern, wenn spätestens bis zum 1. April uns der Betrag von 15 Ngr. franco eingesandt wird. Wir glauben indeß im Interesse der betreffenden geehrten Abonnenten selbst zu handeln, wenn wir sie ersuchen, das Abonnement bei der nächsten Postanstalt aufzugeben, da dieser Weg der schnellste und sicherste für die Beförderung ist.

Ebenso richten wir

an unsere Parteigenossen

die dringende Aufforderung, nach Kräften für die Verbreitung des Parteiorgans zu wirken. Wir glauben mit gutem Gewissen sagen zu dürfen, daß wir Alles gethan haben, was die schwachen Mittel uns erlaubten, um das Blatt zu einem Organ zu machen, welches die Interessen der Partei rücksichtslos und entschieden nach allen Seiten vertritt; wir erwarten deshalb, daß jeder Einzelne es für seine nächste Pflicht erachtet, die Verbreitung des Blattes kräftig zu fördern.

Die Redaktion des Demokratischen Wochenblatts.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Die Gewerbe-Ordnung für den Norddeutschen Bund. — Vororts- und Arbeiter-Angelegenheiten. — Anzeigen. — Beilage: Die Personenvergötterung. — Vorgeschichte des Norddeutschen Sonderbundes. — Die soziale Stellung der Brauerei-Arbeiter. — Aus England.

Politische Uebersicht.

In der allgemeinen Lage keine Veränderung. Rasch wechselnd schnellen die Waagschaalen des Friedens und des Kriegs auf und nieder. Die „Belgische Frage“ zuckt zwar noch, aber sie liegt in den letzten Zügen und flößt keine Besorgnisse mehr ein. Doch die gequälten Bürger Europas haben drum keine Ruhe. Da mußte es dem französischen Kaiser neulich einfallen, etwas verdächtig zu niessen, und ein panischer Schreck kam über die ordnungsliebende Menschheit, denn wer niest, hat den Schnupfen, und bei diesem polizeiwidrigen Märzwetter ist der Schnupfen gefährlich, und wenn dem Kaiser — er steht in den Sechzigern und hat seine eigne Constitution ebensowenig geschont, wie die französische — etwas Menschliches passirte: Barrikaden, Mord und Todtschlag, Revolution. — Hu! welch' graußige Aussichten eröffneten sich den Bewohnern unseres Mutter-Erdtheils! Im Nu waren sämtliche Werthpapiere sämtlicher „stabilen“ Monarchien auf sämtlichen Börsen um so und so viel Prozent heruntergerieft. Nun, zum Glück

hatte das kaiserliche Niessen keine tragischen Folgen und die „Papierschönheiten“ gingen wieder frisch in die Höhe. Aber ach! eine neue Ueberraschung kam: Marschall Niel, der französische Kriegsminister rasselte vor drei Tagen mit seinem Säbel, und das Zitterfieber grassirt ärger als je.

Und so leicht wird es diesmal nicht geheilt werden, denn dem „Polen Dunin“, dessen Alarmberichten aus Bucharest nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ die gegenwärtige Krisis hauptsächlich zuzuschreiben ist, und der deshalb aus Rumänien ausgewiesen worden war, hat auf Befehl der französischen Regierung die Rückkehr erlaubt werden müssen, und er kann sein „verbrecherisches“ Handwerk con amore (ungestört und mit Luß und Liebe) weiter betreiben. Wahrhaftig, wir leben in der „besten der Welten“.

Flüchten wir uns in das idyllische Stilleben der besten der Volksvertretungen, des Berliner „Reichstags“. Derselbe beschäftigte sich vorige Woche — in dieser und der nächsten hat er Ferien, die ihm und uns wohl zu gönnen sind — mit der neuen Gewerbeordnung und dem Wahlgesetz. Die Gewerbeordnung besteht aus 172 Paragraphen, von denen die meisten schädlich und die anderen überflüssig sind; wir haben ihr einen besonderen Artikel gewidmet, der auch das Nöthige über die Vordebatte bringt, zu welcher sie Anlaß gegeben hat.

Weniger bedeutend war die Debatte über das Wahlgesetz; die Sozialdemokraten verlangten, daß das Stimmrecht statt mit

dem 25. schon mit dem 26. Jahre erworben, und auch denen, die Armenunterstützung genießen, nicht verweigert werden solle, allein die betreffenden Anträge blieben in der Minderheit. Dagegen beschloß der „Reichstag“, daß die Wahlbezirke künftig durch ein Bundesgesetz d. h. durch die preussische Regierung abzugränzen seien, was den bekannten preussischen Regierungstalenten einen herrlichen Spielraum gewährt.

Mehr Schulden und mehr Soldaten! das ist und bleibt Norddeutsche Bundeslosung. Die Marineanleihe soll um 6 Millionen Thaler erhöht, und die Armee um 12 Schwadronen Cavallerie, 13 reitende Batterien und 18 Festungs-Artillerie-Compagnien vermehrt werden. Und die Nationalliberalen wundern sich, daß sie bei allen Wahlen mit Glanz durchplumpfen!

Man schreibt uns: „Berlin, 22. März. Bei den dieser Tage in verschiedenen Kreisen flottgehenden Nachwahlen, zum Reichstag wurde die nationalliberale Partei fast überall, wo sie seit 1866 geherrscht hatte, geschlagen, und an Stelle ihrer Kandidaten solche der Fortschrittspartei und der Demokratie gewählt. Diese Thatsache, die wir sowohl aus den alten Provinzen, als aus den annektirten Ländern, als aus Sachsen zu berichten haben, ist ein sehr bedeutungsvolles Zeichen. Die Wahlen an sich sind bei der lächerlichen Hausknechtstrolche, die der ganze Reichstag spielt, unwesentlich; bedeutend sind sie, insofern sich aus ihnen ein Umschwung in der Stimmung der Bevölkerung erkennen läßt. — Die Fortschrittspartei hat durch den erwähnten Umstand wieder ein wenig ihr Terrain erweitern können; gleichzeitig hat sich in ihr vermehrte agitatorische Rüstigkeit gezeigt, aber an eine neue Blüthe der Partei ist nicht mehr zu denken; dazu wäre Erweiterung des Gesicht- und Ideenkreises und Aufgeben von Vorurtheilen nöthig, Dinge, die man von den geistigen Invaliden der Partei, den Löwe's, Duncker's und Schulze's, nicht verlangen kann. — Stärker steht in dieser Beziehung, so wenig zahlreich sie auch in vielen Theilen Preußens ist, die demokratische Partei da. Sie ist weder in politischer, noch in sozialer Hinsicht durch das Dogma von der Unentbehrlichkeit irgend einer Einrichtung beschränkt und am Vorgehen gehindert. Ihre einzige Gefahr liegt in den Schmarozkerpflanzen, von denen sie umwuchert wird, in den Gegnern, die mit ihrem Namen sich brüsten und in ihre Reihen sich eindrängen, um Zwietracht zu säen. — Einer Nachweisung des Finanzministeriums zufolge betrug im Jahre 1868 die Salzsteuer per Kopf der Bevölkerung über 8 Groschen, also für eine Familie von 5 Personen über 1 1/3 Thlr. (2 1/2 Gulden). Diese Belastung des armen Mannes (der bekanntlich mehr Salz konsumirt, als der mit anderen Gewürzen versetzte Reiche) erscheint um so enormer, wenn man bedenkt, daß das Salz in den preussischen Salzwerken so reichlich ist und fast zu Tage liegt, wie Sand in Sandgruben; die Gewinnungskosten betragen noch nicht einmal 1/2 Pfennig per Pfund. Aber an eine Abschaffung der Salzsteuer ist selbstverständlich, so lange der Norddeutsche Bund und der Militär-Stat existiren, nicht zu denken. Man spricht auch gar nicht mehr davon. — Dagegen hat sich die Fortschrittspartei mit derselben Inbrunst, wie früher gegen die Salzsteuer, neuerdings gegen die Lotterie gewendet, die dem Staat jährlich 1 1/3 Millionen einbringt, um welche die Summe der Einsätze die Summe der Gewinne übersteigt. An keiner Staats-Einnahme klebt so viel Schweiß und Blut, als an dieser, keine befördert so sehr die Unsitlichkeit, wie diese. Ihr letztes Kissen, ihr letztes Hemd versehen die Armen, um ein Theilchen eines Lotterieloses zu kaufen, und das immer lockende aber nie erreichte „Glück“ führt sie dem Müßiggang, dem Trunk und schließlich der Verzweiflung in die Arme. Aber an die Ab-

schaffung der Lotterie ist selbstverständlich unter den obwaltenden Umständen nicht zu denken. Man muß annehmen, daß die Fortschrittspartei mit ihrem Antrag nur nach der verscherten Popularität haschen will. Wäre es ihr Ernst mit der vorgeschlagenen Reform, so hätte sie sie nicht durch die Genehmigung des Etats von vornherein unmöglich gemacht. — Die russische Kartellkonvention, die, wie es scheint, stillschweigend erneuert werden soll, ist in wenigen Jahren 250 Mal zur Anwendung gebracht worden; d. h. 250 Polen sind von Preußen an Rußland, beziehentlich nach Sibirien ausgeliefert worden. Preußen ist das einzige aller zivilisirten und ungenutzten Länder, das, allen Grundsätzen des Völkerrechts entgegen, nicht nur politische Verbrecher, sondern politische Verdächtige ihren Verfolgern jagen hilft und ausliefert. Aber Preußen ist doch „der Hort der Ehre Deutschlands!“

Der Obertotenräuber des kurhessischen Landesrechts, Herr Detker, kößt in seinem Blatt, der „Hessischen Morgenzeitung“ ein Klagegeheul aus über die preussische Wirthschaft, die „Verwüstung“ der Rechtspflege, die Vertheuerung der Justiz, die Verringerung des Staatsschatzes. Die Steuererhöhung habe er nach dem Grundsatz: gleiche Brüder, gleiche Klappen, bejubelt, allein zu arg sei zu arg; er scheue selbst nicht mehr — welcher Heldemuth! — den Vorwurf des „Partikularismus“, und Manchem (d. h. Herrn Detker) liege die Frage nicht mehr fern, ob es noch rathsam, noch mit der Ehre vereinbar sei, an der Vertretung im Abgeordnetenhaus Theil zu nehmen.“ Und dabei sitzt der Verfasser dieser nationalliberalen Kagenjammer-Clegie — ein realpolitisches Charakterbild — ruhig im Berliner „Reichstag“ und hält es für „rathsam und mit der Ehre vereinbar“, das Totengräbergeschäft dort eifrig fortzusetzen.

Die Frankfurter Stadtbehörden haben die 2 Million Gulden nebst dem „Gnadengeschenk“ angenommen, natürlich unter „Protest“. Unter der Einwohnerhaft herrscht große Entrüstung über diesen Beschluß, der die preussischen Minister natürlich in der Ansicht bestärken wird, daß der Spießbürger sich jeden Fußtritt gefallen läßt, wenn ihm ein goldnes Pfäffchen auf die betreffende und betroffene Stelle gelegt wird.

Mit der Gesinnungstüchtigkeit der Darmstädter Kammer ist es rasch zu Ende gegangen. Genau 48 Stunden nach ihrem tapfern Botum nahmen die braven Herren Abgeordneten dasselbe ebenso tapfer wieder zurück.

Aus Oesterreich Gutes und Schlimmes. Das Geschwulst „Preßvergehen“ vor Geschwornen-Gerichte weist, hat endlich die Billigung des Kaisers erhalten, und tritt sofort in Kraft. Das ist ein Sieg demokratischer Ideen.

Gleichzeitig hat das Abgeordnetenhaus die Landwehrordnung, wie sie vom Ministerium vorgeschlagen ward, mit großer Mehrheit angenommen, und damit den Grundsatz gut geheißen, daß die Landwehr, ähnlich wie in Preußen, nur ein Anhängsel des stehenden Heeres, also jedes demokratischen Charakters entkleidet sein soll. Alle politischen Fragen sind Machtfragen und werden es bleiben, so lange regieren und herrschen das nämliche ist. Wer die Macht nicht hat, kann auch nicht regieren, und indem das öfterreichische Bürgerthum durch Annahme des Landwehrgesetzes die Armee und damit die Macht in die Hand des Adels gab, hat es sich selbst die Fähigkeit zu regieren abgesprochen.

Der Wahlkampf in Ungarn — eigentlich eine Wahlschlacht, oder noch richtiger ein Wahlschlachten, denn es kam an vielen Orten zu den schrecklichsten Megeleien — ist nun beendet; das Ergebnis läßt sich noch nicht genau übersehen, aber so viel steht bereits fest, daß die „Deakpartei“ (welche den

„Ausgleich“ mit Oesterreich bewerkstelligte) auch in der neuen Kammer die Majorität hat.

Wiederum ist in Spanien der Bürgerkrieg entbrannt. In der Stadt Xerez widersetzten sich die Einwohner der Zwangsaushebung (Konstriktion) und es begann ein blutiger Straßenkampf, über den die Einzelheiten noch fehlen. Unzweifelhaft scheint indes, daß die Truppen den Sieg davongetragen haben. Die Republikaner wälzen mit Recht die Verantwortlichkeit auf die Regierung, deren Absicht es offenbar ist, wie wir schon früher andeuteten, vereinzelte Aufstände hervorzurufen, um die revolutionäre Bewegung im Detail zu erdrücken. Eine friedliche Vermittlung der Gegensätze liegt außerhalb des Bereichs der Möglichkeit. Gestützt auf die monarchische Cortes-Majorität drängt das Triumvirat (die Dreimänner-Herrschaft) der Generale Serrano, Prim und Topete auf Verwirklichung seiner reaktionären Pläne und sucht zunächst die republikanische Opposition aus dem Weg zu räumen. Die Debatten der Cortes haben unter solchen Verhältnissen nur untergeordnete Wichtigkeit. Sie sind nichts als das Vorpiel des unvermeidlichen Waffengangs. Noch suchen die Führer der republikanischen Partei denselben hinauszuschieben, allein bald dürfte die Lage sich so gestalten, daß längeres Zuwarten Selbstmord und Verrat wäre. In Madrid ist die Aufregung schon so groß, daß die Gemeindebehörden sich bemüht haben, öffentlich zu erklären, daß sie alle Stadtbewohner, die bei der Konstriktion sich nicht freiziehen, loskaufen würden! —

Die Brasilianer behaupten mit ihrer gewöhnlichen Verlogenheit große Vortheile in Paraguay erfochten zu haben. Wahr ist, daß sie nach schweren Verlusten in Besitz der Hauptstadt Assumption gelangt sind; wahr ist aber auch, daß dies ihnen absolut nichts nützt, da der Präsident von Paraguay, Lopez, unbefiegt sie in der Flanke bedroht; und wahr ist ferner, daß die amerikanische Regierung ihrem Gesandten Auftrag gegeben hat, im Lager des Lopez zu bleiben. Jetzt, wo Grant den Präsidentenstuhl bestiegen hat, wird die amerikanische Republik jedenfalls aus ihrer bisherigen reservierten Haltung heraustreten und entschieden die Partei der Schwesterrepublik gegen die Eroberungsgelüste des durch und durch korrumpirten Kaiserreichs Brasiliens ergreifen. Die „Monroedoktrin“: Amerika für die Amerikaner! erweitert sich in den Satz: Die Republik für die Amerikaner! Keine Monarchie auf dem Boden der Neuen Welt!

Die Abstimmung Bebel's im „Reichstag“ gegen den Antrag Lasfers, betreffend die Redefreiheit in den Einzellandtagen, wird, wie zu erwarten war, von der sächsischen national-liberalen Presse benutzt, um Bebel zu verdächtigen. Wir hätten keine Veranlassung, auf dieses Faktum aufmerksam zu machen, da Angriffe von den Gegnern für uns nur ehrenvoll sein können, wenn nicht im Kreise unserer eigenen Parteigenossen Mißverständnisse darüber vorhanden wären. Die Stellung der Partei zum Nordbund ist eine entschieden feindliche; die nächste Aufgabe der Partei ist es deshalb, der Fortsetzung des im Jahre 1866 begonnenen Prozesses der Verwundung Deutschlands durch Preußen mit allen Mitteln entgegen zu treten. Hiernach haben die Vertreter der Volkspartei im „Reichstag“ ihr Verhalten einzurichten. Vor allen Dingen haben sie, soweit es in ihren Kräften liegt, jeder weiteren, über die Bundesverfassung hinausgehenden Ausdehnung des preussischen Einflusses auf die Verwaltung und Gesetzgebung der Einzelstaaten vorzubeugen. Darnach war also die Stellung unserer Vertreter zum Lasfer'schen Antrag von selbst gegeben.

Lasfer bezweckte mit seinem Antrag den Einfluß des Reichstags, respektive der preussischen Regierung, auf ein Gebiet auszudehnen, das nach der Bundesverfassung nicht zur Kompetenz (Machtbefugniß) des Reichstags gehört; er (Lasfer) wollte ferner die Schlappe, die er mit demselben Antrag im preussischen Herrenhaus erlitten hatte, im „Reichstag“ auszuweichen suchen, denn in Wahrheit war der schon Jahre lang geführte Streit zwischen dem preussischen Abgeordnetenhaus einerseits und der preussischen Regierung und dem Herrenhaus andererseits über Artikel 84 der preussischen Verfassung die Veranlassung zu diesem Antrag. In keinem andern Lande innerhalb des Nordbundes ist je ein Streit über die Redefreiheit der Volksvertretung entstanden, und wenn er irgendwo entstehen sollte, dann werden die betreffenden Landesvertretungen sich selbst zu schützen suchen und zu schützen wissen, dazu bedarf man nicht des „Reichstags“. Konnte das preussische Abgeordnetenhaus den Streit nicht zu seinen Gunsten ausfechten, dann lag das an dem Widerwillen der preussischen Regierung; der Widerstand des preussischen Herrenhauses in dieser Frage war, wie das schon in andern wichtigeren Fragen sich gezeigt hat, leicht zu brechen, wenn die Regierung wollte. Im „Reichstag“ Schutz zu suchen gegen die preussische Regierung, welche im Bundesrath die entscheidende Stimme und Gewalt hat, das ist einfach lächerlich und echt nationalliberale Vertrauensduferei. Bebel's Abstimmung gegen den Antrag war demnach vom Standpunkt unseres demokratischen Parteiprogramms vollständig korrekt. Wären die übrigen, der Volkspartei angehörigen Vertreter anwesend gewesen, sie würden nicht anders gestimmt haben.

Die Bebold'sche „Arbeiterversammlung“ (S. vor. Nr.) hat richtig stattgefunden und — freilich unter lebhaftem Widerspruch und mit zweifelhafter Majorität — die Herren Bebel und Liebknecht, weil dieselben nicht erschienen, „für unwürdig erklärt, je wieder in einer Arbeiterversammlung aufzutreten.“ Durch ein heitres Spiel des Zufalls erhielten wir am selbigen Tage die offizielle Einladung zur Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.

Die Gewerbe-Ordnung für den Norddeutschen Bund.

Bekanntlich wurde bereits vor einem Jahre dem Norddeutschen Reichstage eine Gewerbeordnung vorgelegt, die aber nicht durchberathen werden konnte, weil die Mängel und Gebrechen sogar in den Augen der halbliberalen Majorität so bedeutend waren, daß beschlossen wurde, den Gesetzentwurf einer Commission zur gründlichen Prüfung und Abänderung zu überweisen. Die Commission saß dann etliche Wochen lang, ohne indes erhebliche Resultate zu erzielen. Da rückte der Schluß der Reichstagsession heran, und um doch „Etwas“ fertig zu bringen, wurde das sogenannte „Nothgewerbegesetz“ eingebracht und angenommen, das denn auch gar manche Noth im Laufe des Jahres verursachte, weil jede Regierung es anders auslegte und handhabte.

Der neue Gewerbeordnungs-Entwurf, der jetzt dem Reichstag vorliegt, unterscheidet sich zwar in mehreren Punkten zu seinen Gunsten von dem vorjährigen Entwurfe, im Großen und Ganzen aber ist er derselbe, sogar bis auf die Paragraphenzahl, die 172, sage einhundertzweiundsiebenzig, beträgt! Schon diese Zahl enthält die Beurtheilung des Entwurfs,

Denn sie besagt, daß eine Masse von Bestimmungen Aufnahme gefunden hat, die in einem, unserer ganzen heutigen gewerblichen und industriellen Entwicklung angemessenen Gesetz nicht stehen dürften. Es kommt noch hinzu, daß nach verschiedenen Paragraphen den Verwaltungsbehörden, d. h. in der Regel der Polizei der weiteste Spielraum gewährt ist, und doch höchst wichtige Bestimmungen über einzelne Zweige der Gewerbe der Behandlung durch die einzelnen Landesgesetze überlassen werden. Unter solchen Umständen kann natürlich von einer einheitlichen Gesetzgebung auf dem gewerblichen Gebiet, von der man so gern in national-liberalen Kreisen faßt, keine Rede sein. Es dürfte sich sogar ereignen, daß innerhalb weniger Jahre, neben den 172 §§. des Bundesgewerbegesetzes eine gleich große Zahl Paragraphen in den verschiedenen Bundesländern in Bezug auf Ausführung einzelner Abschnitte des Bundesgewerbegesetzes Geltung erlangen und damit die Confusion und ungleiche Behandlung der Bundesangehörigen größer wird, als je zuvor.

Es ist eben der Fluch aller dieser norddeutschen Bundes-einrichtungen, selbst auf den Gebieten, wo eine einheitliche Gesetzgebung am nothwendigsten ist, daß ihnen eine Zweideutigkeit anhebt, die das Walten eines durch und durch reaktionären, widerwillig auf scheinliberale Wege gedrängten Geistes verräth. Daß dieser reaktionäre Geist die preußische Regierung ist, der allerdings Mecklenburg und einige andere Duodezstaaten zur Seite stehen, unterliegt keinem Zweifel. Die preußische Regierung hat nach der Bundesverfassung und der ganzen Zusammensetzung dieses sogenannten Bundes die materielle und moralische Macht entschieden in Händen, ihr Wille ist der maßgebende. Wollte sie freisinnig sein, sie würde in diesen wirtschaftlichen Fragen außerdem auf die lebhafteste Unterstützung der thüringischen und sächsischen Regierungen zählen können. Aber man hat es in Berlin stets verstanden, mit der liberalen Phrase die Massen zu berücken, während man in der That reaktionär ist. Unter den Reichstagsmitgliedern ist es öffentliches Geheimniß, daß auch der jetzige Gewerbeordnungs-Entwurf wesentlich der preußischen Regierung seinen Inhalt verdankt, während namentlich die Vertreter Sachsens und Thüringens sich vergeblich abmühten, freisinnigeren Anschauungen Geltung zu verschaffen.

Ein charakteristisches Zeichen auch dieses Gesetzentwurfes ist, daß oftmals der Paragraph recht freisinnig beginnt, aber in seinem Schlusssatz das vollständig illusorisch macht, was er im Vordersatz verheißt; oder wenn ein Paragraph Freiheiten und Rechte einräumt, daß ein später folgender sie halb oder ganz annullirt. Diese Art, Gesetze zu machen, ist in unserer „constitutionellen“ Periode, wo Regierungen und Volksvertretungen beständig um das Maß von wirklichen oder Schein-Rechten feilschen, zu einer großen Vollkommenheit gediehen; wir in Sachsen wissen ja das mit am Besten, wir brauchen bloß an unser Vereinsrecht zu erinnern.

So heißt es z. B. in Paragraph 13 des Gewerbegesetz-entwurfes:

„Von dem Besitze des Bürgerrechts soll die Zulassung zum Gewerbebetriebe in keiner Gemeinde und bei keinem Gewerbe abhängig sein.“

Das klingt gewiß recht liberal, aber der hinkende Bote kommt im nachfolgenden Satz desselben Paragraphen sofort nach. Dort heißt es:

„In der Verpflichtung der Gewerbetreibenden zur Erwerbung des Bürgerrechts, soweit solche in der bestehenden Gemeindeverfassung begründet ist, wird durch gegenwärtiges Gesetz nichts geändert; die Exekution auf Erfül-

lung dieser Verpflichtung darf aber nicht bis zur Unter-sagung des Gewerbebetriebes ausgedehnt werden.“

Das heißt also in deutliches Deutsch übersetzt: in den Ländern, resp. Orten, wo jetzt der selbstständige Gewerbebetrieb von der Erlangung des Bürgerrechts abhängig ist, da bleibt es vor wie nach beim Alten. Die nachfolgende Bestimmung, daß Exekution bis auf Erfüllung dieser Verpflichtung nicht ausgedehnt werden dürfe, besagt gar nichts, wenn man bedenkt, daß der Verwaltungsbehörde Mittel und Wege genug übrig bleiben, einem solchen Gewerbetreibenden das Leben sauer zu machen.

Wir könnten noch eine lange Reihe ähnlicher Bestimmungen, wie die in §. 13, anführen, wenn nur nicht Zeit und Raum dazu gebrähe. Wir werden außerdem bei den Reichstagsdebatten über den Gesetzentwurf, an denen sich die Abgeordneten unserer Partei lebhaft beteiligen werden, noch öfter Gelegenheit haben, auf denselben zurück zu kommen. So sind z. B. die Bestimmungen über den Hausirhandel, die Innungen, über die Verhältnisse der Gesellen, Gewerbsgehülfen, Fabrikarbeiter und Lehrlinge, die gewerblichen Hilfskassen u. s. w., ohne eine gründliche Umänderung für jeden Liberalen, geschweige Demokraten, unannehmbar. Andere berechtigte Forderungen der Arbeiter, wie die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, habengar keine Aufnahme gefunden.

In der neunten Sitzung des Reichstags begann die sogenannte erste Lesung des Gewerbeordnungs-Entwurfes, welche Gelegenheit bot, die allgemeinen Gesichtspunkte, von denen die verschiedenen Parteien den Gegenstand betrachten, zu entwickeln, und sich über die geschäftliche Behandlung des Gesetzentwurfes zu verständigen. In dieser Sitzung ergriff auch der Abg. Dr. v. Schweizer das Wort und legte in längerer Rede an der Hand der Ausführungen von Karl Marx seinen socialistischen Standpunkt dar. Ihm antwortete als Vertreter der herrschenden Bourgeois-Ökonomie der Abg. Dr. Braun (Wiesbaden), der seinerseits wieder von dem socialistischen Abg. Frißsche bekämpft wurde. Nächsten Tag (Freitag) wurde die erste Lesung fortgesetzt, die Abgg. Wagener (Neustettin), Miquel, Schulze-Delitzsch, Dunder u. A. beteiligten sich an der Debatte. Ersterer, der Abg. Wagener, konnte die Gelegenheit nicht vorüber gehen lassen, ohne seinen königl. preußischen Regierungsverhältnissen und des Breiteren zu erörtern. Das war für Bebel, der an diesem Tage erst in den Reichstag eingetreten war, Veranlassung, sich ebenfalls zum Worte zu melden. Wir laßsen dessen Rede hier nach dem stenographischen Bericht folgen.

Meine Herren! Ich bin erst heute in das Hohe Haus eingetreten, habe daher keine Gelegenheit gehabt, der geistigen Debatte beizuwohnen — und was ich aus den Zeitungen gelesen, genügt mir keineswegs, um ein klares Bild über die gestrigen Verhandlungen zu bekommen —; ebenso habe ich keine Gelegenheit gehabt, mir den Gewerbeordnungs-Entwurf näher anzusehen. Ich bin daher gezwungen, mich auf dasjenige zu stützen, was heute die Debatte zu Tage gefördert hat, und auf die verschiedenen Ansichten, die namentlich gegen die sozial-demokratische Richtung — zu der ich mich ebenfalls bekennen — geltend gemacht sind, hier etwas näher einzugehen.

Ich knüpfte an die Worte des geehrten Vorredners, des Abgeordneten Dunder an, der ungefähr mit den Worten schloß: möge man die Sonne der Freiheit überall scheinen lassen, möge man die Gleichberechtigung auf alle Staatsangehörigen ausdehnen — und dann werde Jeder durch eigene Kraft und eigene Tüchtigkeit in die Lage kommen, sich emporzuarbeiten und sich eine menschenwürdige Existenz zu schaffen. Das war der Sinn seiner Worte. Nun, meine Herren, ich glaube, ich kann darauf nicht besser antworten, als indem ich kurz auf ein Land hindeute, das gewiß in den Augen des Abgeordneten Dunder — in seiner politischen wie sozialen Freunde als der Musterstaat gilt, — meine, meine Herren, England. Wir haben ja bereits in diesem Hause bei den verschiedensten Gelegenheiten zu hören bekommen, wie

in England die politische Freiheit in keiner Weise etwas zu wünschen übrig lasse, wie in England der Konstitutionalismus in schönster Blüte stehe, wie dort das Volk vollständig und unumkränkt die Herrschaft ausübe.

Nun, meine Herren, und dennoch, in diesem konstitutionellen Musterstaate, in diesem freien England finden wir, daß gerade die Klassengegensätze zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Arbeitern und Besitzenden, die hier von verschiedenen Seiten gelegener oder abzuschwächen versucht wurden, bereits im gegenwärtigen Augenblick auf eine Höhe gestiegen sind, daß selbst die entschiedensten Anhänger der herrschenden Dekonomischule sie nicht mehr zu leugnen wagen. Es ist eine Thatsache, die den allermeisten von Ihnen, meine Herren, die Sie sich mit diesen Fragen ja selbstverständlich befassen, bekannt sein wird, daß die Kommissionen, welche das englische Parlament alljährlich ernannt zur Prüfung der Lage der arbeitenden Klasse, konstatirt haben, wie der Pauperismus, die Armuth, von Jahr zu Jahr in England in kolossalen Dimensionen zunimmt, wie trotz des enormen Steigens des sogenannten Nationalreichthums auf der anderen Seite das Massenelend sich noch in weit höherem Maße vergrößert hat. Meine Herren, es war im Jahre 1843, als ein englisches Bourgeois-Blatt es auszusprechen wagte, daß, wenn der Nationalreichthum nur um 50 Prozent nach seinem damaligen Stande gestiegen sei, alle Armuth in England verschwunden sei. Nun, meine Herren, zwanzig Jahre später, im Jahre 1863, mußte der Minister-Präsident Gladstone im Parlament anerkennen, daß der Nationalreichthum nicht um 50, sondern um 150 Proz. gestiegen sei; aber er mußte auch die Aeußerung thun, daß dieser enorme Anwachs des Reichthums und der Macht ausschließlich auf die besitzende Klasse sich beschränkt habe, und daß das Massenelend und die Massenarmuth in demselben Maße gewachsen sei, wie auf der andern Seite der sogenannte Nationalreichthum, der sich immer nur in den Händen weniger konzentrierte. Sehen Sie sich weiter die statistischen Tabellen von London an, dieses Anwachs der Armuth, der stets von Jahr zu Jahr zunehmenden Unterfügungs-Bebürdigten, — das Alles sind Thatsachen, die kein Mensch wegstreiten kann. Wenn also in England, dem nach Ansicht vieler politisch freien Staat, in demjenigen Staate, in dem gerade diese Entwicklung zur Groß-Industrie und das ganze ganze gesellschaftliche Leben in einer Weise blüht, daß sie uns hier verschiedentlich als Muster hingestellt wird, — wenn dort solche Zustände vorhanden sind, meine Herren, so meine ich, müßte doch in der Gesellschaft Manches, sogar sehr Vieles faul sein. Der Herr Abgeordnete Dunder hat allerdings gesagt, man müßte sich darauf beschränken oder zunächst darauf hinarbeiten, — und ich stimme in gewisser Beziehung mit ihm darin überein — daß man feudale Zustände, die Ueberbleibsel mittelalterlicher Verhältnisse zu beseitigen würde. Er hat aber im weiteren Verlauf seiner Rede behauptet, daß die sozial-demokratische Partei eigentlich eine Rückschrittpartei sei; er hat, das bezweifle ich keinen Augenblick, dies jedenfalls aus den Worten geschlossen, die der Abgeordnete Wagener heute uns hier anzuhören gegeben hat. Meine Herren, es ist allerdings richtig, daß der Herr Abgeordnete Wagener, obgleich zur konservativen oder feudalen Partei gehörig, dennoch, so oft hier soziale Fragen zur Erörterung kommen, die Gewohnheit hat, in einer Weise aufzutreten, daß es wirklich dem eragragtsten Sozialisten Ehre machen würde. (Heiterkeit.) Und, meine Herren, ich kann mir nicht helfen, man merkt es, daß dahinter eine gewisse Absicht ist. Ich betrachte den Abgeordneten Wagener so zu sagen als königlich preussischen Hofsozialisten (Große Heiterkeit, Bravo), als denjenigen Abgeordneten, meine Herren, der die Aufgabe hat, in der Arbeiterwelt den Glauben zu erwecken, daß die preussische Regierung gewillt wäre, durch irgend welche Staatsinterventionen dem Massenelend und der unterdrückten Lage der Arbeiter abzuhelfen. Der Herr Abgeordnete mag sich aber keiner Täuschung hingeben. Die Arbeiter sehen vollständig klar, sie wissen, was sie von der preussischen Regierung, sie wissen, was sie von allen andern heutigen Regierungen zu erwarten haben, daß von diesen eine wirkliche Lösung der gedrückten Lage der Arbeiter nicht zu erwarten ist: die Arbeiter werden also, wenn der Abgeordnete Wagener das sozialistische Prinzip auch noch so entschieden betont, wenn auch tagtäglich in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, dem offiziellen Organ der preussischen Regierung, ellentange Leitartikel zu demselben Zwecke erscheinen, die Arbeiter werden sich nicht ködern lassen. Man hat in gewissen Kreisen der preussischen Regierung begriffen, daß bei dem faktisch vorhandenen Klassengegensatz es für die Regierung ungeheuer nutzbringend sein würde, wenn sie die Spaltung, die durch diesen Klassengegensatz zwischen der liberalen Bourgeoisie und den Arbeitern vorhanden ist, schlaubenupte, natürlich zu reaktionären Zwecken. (Hört! stnt.) Man begriff, wenn man die Arbeiter auf Seiten der Regierung hat, wenn man die Arbeiter durch sozialistische Phrasen mehr und mehr gegen das Kapital aufhetzt, daß die Spaltung auch in freibürgerlicher Beziehung sich geltend machen wird, wobei eine reaktionäre volkseindliche Regierung nur profitieren kann. Das ist die Absicht, die auf jener Seite

vorhanden ist, aber ich kann konstatiren, mögen Einzelne Wenige sich irre leiten und gebrauchen lassen, die ungeheure Mehrheit der deutschen Arbeiter hat zu viel gesunden Sinn, um auf diesen Regierungsförder anzubeißen. Von Seiten des Abgeordneten Stumm ist ebenfalls der Klassengegensatz zwischen Arbeit und Kapital gelegnet worden, er sagte, an dieser Spaltung der Klassen sei nur Schuld, daß einzelne Agitatoren utopistische Ideen im Kopfe hätten, diese unter die Leute würfen, und den geringen Leuten den Kopf verdrehten, — er glaubt aus seinen eigenen persönlichen Verhältnissen nachweisen zu können, daß unter den heutigen Produktionsverhältnissen der Arbeiter sehr wohl zufrieden sein könnte. Meine Herren, die Einreden oder Einwürfe, daß es stets nur die Schuld von unsinnigen Agitationen sei, wenn das Volk oder die Arbeiter dieses oder jenes Recht verlangen, — ist ein Einwurf, den in anderer Form auch das preussische Abgeordnetenhaus in der Konfliktzeit duzendmal vom Ministertisch hat hören müssen.

Damals hieß es auch stets: Das Volk würde sehr zufrieden sein, wenn ihr nicht hier durch eure Brandreden von der Tribüne, durch eure Presse, durch eure Zeitungen die öffentliche Meinung aufzuregen suchet. Dieser Vorwurf wird gegen Jeden gemacht, der gegen irgend eine bestehende Einrichtung anzukämpfen sucht; man sagt, ihr macht die Leute unzufrieden, ihr reizt sie aus ihren zufriedenen Verhältnissen heraus u. dgl. m. Ich gebe zu, daß das in gewissem Grade vom Standpunkt unsrer Gegner richtig ist; denn wenn man den Arbeitern nicht sagt, was sie zu fordern berechtigt sind, wenn man ihnen nicht nachweist, wie ihre Lage eigentlich gegenüber den andern Gesellschaftsklassen beschaffen ist, dann werden sie nie zur Einsicht kommen, und ich begreife daher vollkommen, wenn sich die Herren gegen unsere Agitation mit aller Gewalt wehren.

Wenn aber der Herr Abgeordnete Stumm glaubt, daß die heutige Arbeiterbewegung nur eine leicht vorübergehende Sache sei, die man ohne Weiteres beseitigen könne, dann irrt er sich sehr; denn meine Herren, die Arbeiterbewegungen, die sozial-demokratischen Ideen haben in den letzten Jahren eine solche Ausbreitung und eine solche Tiefe erlangt, wie es die eifrigsten Anhänger noch vor 4 oder 5 Jahren nicht glaubten. Ich sehe gar nicht an, zu erklären, daß ich selbst vor wenigen Jahren noch einer der entschiedensten Anhänger der sogenannten Selbsthilfe war, und wenn ich heute auf dem sozial-demokratischen Prinzip stehe und als Verfechter desselben hier auftrete, dann ist es nicht deshalb gekommen, weil ich und meine Freunde uns von utopistischen Phantasten habe hinreißen lassen, sondern weil wir auf Grund der tatsächlichen Verhältnisse unsere Erfahrungen gemacht haben, weil wir dasjenige, was man uns als das einzige Heil- und Rettungsmittel anpries, nach allen Seiten hin erprobt und uns von dessen Unzulänglichkeit überzeugt haben. Und wie es uns gegangen ist, so ist es Tausenden und Zehntausenden gegangen nicht bloß in Deutschland, meine Herren. Sehen Sie nach Oesterreich, sehen Sie hin nach der Schweiz, sehen Sie nach Belgien, sehen sie nach Amerika, nach England! In allen diesen Ländern ohne Rücksicht auf die staatsliche und politische Zustände, allüberall sehen Sie dieselben Gegensätze, sehen Sie dieselben Tendenzen, und ich glaube, die internationale Arbeiterverbrüderung, diese große Genossenschaft, sie hat bewiesen und beweist, daß die Arbeiter aller Kulturländer ohne Rücksicht auf die Nationalität, ohne Rücksicht auf die Sprache und die sonstigen politischen Einrichtungen in dem Einen übereinstimmen, daß ihre soziale Lage nur durch das gemeinsame Zusammenwirken aller Nationen gelöst werden könne, und daß faktisch der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit vorhanden ist.

Wenn nun der Herr Abgeordnete Wagener in seinen weiteren Ausführungen sich auf den Staat gestützt hat, der da bei den Unterstützungen und dergleichen angreifen soll, nun, meine Herren, so weiß Jeder von uns, daß das Palliativmittel sind, die nur wenig nützen, aber in den Händen des heutigen Staats gefährlich werden können; wir stimmen in diesem Falle sogar mit den Vertretern der liberalen Bourgeoisie ganz entschieden überein, daß wir von diesem Staate derartige Unterstützungen unter keinen Bedingungen annehmen dürfen. Wir stimmen mit ihnen überein, daß die Verwaltung der Kassen u. s. w. den Arbeitern selbst übergeben werden muß, weil wir uns sagen, daß in dem Augenblicke, wo der Staat die Gewalt hat, wie er sie bisher leider nur zu viel gehabt hat, in diese Dinge hineinzureden, die Gefahr vorhanden ist, daß der Staat auch politische Einflüsse geltend macht, daß der Staat auch politisch die Arbeiter auszubeuten sucht. Wenn ferner der Herr Abgeordnete Miquel geglaubt hat, es als ein besonderes Verdienst des Norddeutschen Bundes ansehen zu müssen, wenn er geglaubt hat, das als einen befonderen Fortschritt zu bezeichnen, daß man im Gegensatz zu dem Regiment Louis Philippe's in Frankreich das allgemeine Stimmrecht eingeführt hat, so geschah dies nach meiner Ueberzeugung in keiner andern Absicht, als weil man glaubte, mit dem allgemeinen Stimmrecht besser handtieren zu können, die Massen besser bearbeiten zu können, wie es

bei dem Klassen- oder Stände-Wahlssystem der Fall war. Kein anderes Motiv war dazu vorhanden, und wenn es vielleicht hier und da gegen die Absicht der Geber ausschlägt, dann freut man sich sicher nicht darüber. Die Absicht lag nie vor, das Wahlrecht uns zu geben, damit wir es richtig benutzen sollten. Darüber sind wir uns klar. Auch ist es vollständig falsch, wenn der Herr Abgeordnete Riqués glaubt, daß man in Frankreich die Forderungen der Arbeiter, wie sie heute hier theilweise von Ihrer Seite selbst bewilligt werden, nicht anerkannt habe. Die Sache ist einfach die, daß wir uns heute hier in Deutschland über Fragen herumstreiten, über welche man in Frankreich, England und anderen Kulturstaaten längst hinaus ist.

In Frankreich fällt es keinem Menschen mehr ein, über Gewerbe-freiheit, über Freizügigkeit zu disputiren und Wochen lang Sitzungen zu halten über einen derartigen Gesetzesentwurf. Meine Herren, das sind dort alles überwundene Standpunkte, und nachdem die Bourgeoisie alles das bereits bewilligt hat in jenen Ländern, was uns die Bourgeoisie heute erst bewilligen will und nachdem sich doch herausgestellt hat, daß der ganze Klassengegensatz nicht beseitigt, daß er im Gegentheil verschärft wurde, deshalb, meine Herren, hat einfach die Bourgeoisie jene schroffe Stellung gegen die Arbeiter eingenommen, wie man sie in Frankreich und England sieht, und die wir in Deutschland, wenn die Entwicklung unserer Verhältnisse weiter so fortschreitet, auch sehr bald haben werden. Darin stimme ich mit dem Herrn Abgeordneten Wagener allerdings überein, wenn er sagt: Was der Abgeordnete Schulze fordert, ist mir insofern angenehm, als es gilt, das jetzige System bis zu den äußersten Konsequenzen durchzuführen, — weil dann nothwendiger Weise die Reaktion eintritt. Ich glaube nur, er hat sich in der Schlussfolgerung geirrt: nicht die Reaktion, sondern die Revolution ist das Einzige, was kommen muß und kommen wird, wenn die Verhältnisse sich in der jetzigen Form weiter entwickeln. So viel in Kürze über meinen prinzipiellen Standpunkt.

Was den Gewerbeordnungs-Entwurf selbst anlangt, so habe ich, wie gesagt, wenig Gelegenheit gehabt, mich damit zu beschäftigen. Die verschiedenen Forderungen, wie sie von den Herren Schulze, Dünker u. s. w. aufgestellt sind, glaube ich in allen Punkten annehmen zu können. Wenn es sich aber um die geschäftliche Behandlung des Gesetzes-Entwurfes handelt, dann bin ich auf Grund der neuesten Erfahrungen gegen die Kommissionsberatung. Als es sich vor einigen Tagen um die Beschlagnahme der Löhne handelte, hat man es abgelehnt, Vertreter des Arbeiterstandes, d. h. Vertreter in diesem Hause, die dem Arbeiterstande angehören und die Verhältnisse und Bedürfnisse desselben genau kennen, in die Kommission hinein zu wählen. Nach den neuesten Zeitungsberichten — ob wahr oder unwahr, bleibe dahingestellt — nach den neuesten Zeitungsberichten soll sich die betreffende Kommission doch entschlossen haben, Arbeiter und Arbeitgeber von außerhalb des Hauses zuzuziehen. Meine Herren, das ist ein Beschluß, der mir höchst sonderbar vorkommt. (Heiterkeit.)

Ich meine in diesem Falle wäre es gewiß das Nächste gewesen, daß man die Arbeitervertreter, die im Hause sitzen, oder die Abgeordneten, die diesem Stande angehören — wenn Sie sie nicht als ausschließliche Vertreter für den Stand anerkennen wollen —, in diese Kommission gewählt hätte. Mit der Wahl zu einer Kommission für den Gewerbegesetz-Entwurf wird es nicht um ein Haar besser gehen. Wie die Geschäftsordnung beschaffen ist, sind wir außer Stande, einen Vertreter unserer Partei hineinzubringen. Deshalb ziehe ich die Beratung im Hause vor und zwar aus dem einfachen Grunde, weil es dann auch der Minorität möglich wird, ihren Standpunkt zu vertreten.

Die Debatte wurde hierauf geschlossen und über die geschäftliche Behandlung der Vorlage festgesetzt, die zweite Lesung über Titel 1 und 2 im Plenum (d. h. vor sämtlichen Abgeordneten im Hause) vorzunehmen, dagegen Titel 3 und 4, handelnd vom Gewerbebetrieb im Umherziehen (Hausirhandel) und Marktverkehr der Vorberatung durch eine Commission von 28 Mitgliedern zu unterziehen.

In diese Commission wurde unter Anderen auch der Abg. Babel gewählt.

Vororts- und Arbeiter-Angelegenheiten.

Basel, d. 19. März. Obgleich unsere Fabrikanten glauben, Herr der Bewegung hier geworden zu sein, worin sie sich sehr irren, kommt es doch täglich vor, daß von Seiten der

Arbeitgeber die Arbeiter auf das willkürlichste verhöhnt und verachtet werden; gemachte Verträge werden gebrochen und gegen die Führer sind bei allen Besitzern von Fabriken und Werkstätten Unterschriften gesammelt worden, damit ihnen nirgends Arbeit gegeben wird. Durch unsern neuen Präsidenten C. A. Bruhin, Staatsanwalt von Baselland, hoffen wir jedoch baldigst diesen Uebelständen abgeholfen zu sehen, da dessen Erfahrung und Energie die rechten Wege einschlagen wird, um die öffentliche Meinung auf unsere Seite zu bekommen.

Vom ersten April werden wir ein neues Blatt, betitelt der „Demokrat“, herausgeben, das wöchentlich 3 Mal erscheint.

Mürnberg, d. 22. März 1869. Die Agitatoren des Herrn v. Schweizer haben hier jedenfalls etwas Gutes gestiftet. Es ist Leben in die Arbeiterbewegung gekommen, aber nicht im Sinne jener Herren. Der politische Arbeiter-Bildungsverein hat durch die hiesige Versammlung an Mitgliederzahl sowie an Ansehen gewonnen. Die Nationalliberalen hatten bisher von Oben herab auf ihn gesehen; einer davon, ein gewisser Advokat Erhard (den Sie wohl im Zollparlament getroffen haben werden*), hatte noch vor Kurzem in einem national-liberalen Verein die Mitglieder des Arbeiter-Bildungsvereins Drahtpuppe der Volkspartei genannt. Der edle Ritter ist jetzt wüthig auf diese „Drahtpuppen“, weil sie bewiesen haben, daß sie auch wissen, was sie wollen, und auch etwas durchsetzen können. — Wie nothwendig es ist, daß sich die Arbeiter zu Gewerks-Genossenschaften zusammenthun, mag Ihnen folgendes Lohnverhältnis zeigen. Ein hiesiger Flaschnermeister A. zahlt einem neu eingestellten Gesellen, der ein tüchtiger Arbeiter ist und sich schon weidlich in der Welt herumgeplagt hat, als ersten Wochenlohn per Arbeitsstunde 4½ Kr. (1 Gr. 3 Pf.). Auf dessen Beschwerde deutete er an, daß er genug Leute haben könne! Der Brave ist auch ein national-liberaler Vertrauensmann, nebenbei, wenn ich nicht irre, Armenpflegerath. Ich wollte, er müßte einmal ein Jahr lang von dem Verdienst — 4½ Kreuzer per Arbeitsstunde — leben. — Der Vorstand des Arbeiter-Bildungsvereins Müller und der Redacteur des „Mürnbergers Anzeigers“ Meyer wurden Jeder, auf Antrag des hiesigen Stadtkommissariats, wegen des Inserats, das Sie neulich schon abdruckten, bezüglich der Baseler Arbeiter, in eine Geldstrafe von 6 Gulden (3 Thlr. 12½ Gr.) und in die Kosten verurtheilt. Sie haben Beide den Rekurs ergriffen. — Der hiesige Stadtkommissär hat auf die Demokraten einen alten Zorn. Er war schon im Jahr 1848 ein wüthender Demokratenfänger; damals war er noch in Herberud, und wurde in den 50er Jahren, wegen bewiesener Brauchbarkeit in diesem Fach, zum Stadtkommissär hierher befördert.

Genf. Die Bauarbeiter sind im Kampf mit den Herren Unternehmern; deshalb soll kein Maurer, Steinhauer oder Bildhauer jetzt nach Genf gehen. — Die herrschenden Klassen sind unter allen Himmelsstrichen die gleichen; gegenüber dem arbeitenden Volke glauben sie nicht verpflichtet zu sein, Verträge, Verpflichtungen und dergleichen zu halten! Gegen den enterbten und machtlosen Paria „Arbeiter“ ist jede Niederrichtigkeit erlaubt und selbst in den Augen derjenigen gerechtfertigt, welche sonst große Stücke auf die eigene Ehrenhaftigkeit halten. — Allen Arbeitern empfehlen wir nachstehenden Ausruf:

*) Wir erinnern uns nicht, obgleich der Herr nach der Schilderung unfres Berichterstatters — die wir nicht mittheilen können — ein ziemlich augenfälliges Aeußere haben muß.

An die Arbeiter aller Länder!

Arbeiter! Die Bauunternehmer in Genf wollen die uns gegenüber eingegangenen Verpflichtungen nicht halten. Wie voriges Frühjahr, so sind wir vielleicht auch jetzt gezwungen, mit den Mischacten ihrer Unterschrift und unsers Rechts einen Kampf zu beginnen, denn diese Herren zählen stets darauf, andere Werkleute von Außen herkommen zu lassen und uns durch die Konkurrenz zu erdrücken.

Arbeiter! Eure Gewerbsgenossen in Genf kämpfen mit unermüdlicher Beharrlichkeit für die Erringung der Rechte der unterdrückten Klasse; ja, unsere Entschlossenheit und Thatkraft soll unüberwindlich sein!

Gewerbsgenossen! Die Sache der Arbeiter ist überall die gleiche, daher ist unsre Sache auch eure Sache. Der Tag, an welchem die Arbeiter aller Länder die Gesamtverbindlichkeit begreifen, ist der Tag, an dem sie aufhören werden, eine käufliche und verkäufliche Waare zu sein.

Arbeiter! Es ist die Konkurrenz, die wir uns gegenseitig machen, welche das größte Hinderniß unserer Befreiung ist. Auf diese Konkurrenz spekulirend wird es einer Handvoll Menschen möglich, unsere Lebenskraft um billigen Preis zu kaufen. Ja es ist die Konkurrenz, welche die Herbeirufung auswärtiger Arbeiter möglich macht und den Bauunternehmern in Genf die Zuversicht giebt, die Bedingungen der Arbeit nach Belieben umändern zu können.

Arbeiter, entzieht ihnen diese Waffe! Steinbauer, Bildhauer und Maurer! kommt nicht nach Genf zu arbeiten und wenn man Euch noch so gute Bedingungen versprechen mag. Seid versichert, daß an dem Tage, wo Ihr unsere Stütze nothwendig habt, Euch die Maurer, Steinbauer und Bildhauer von Genf mit Brüderlichkeit die Hand reichen.

Arbeiter! Welchem Gewerbe Ihr auch angehört, mögt, verbreitet in allen Orten, in allen Städten und Dörfern, allen Werkstätten und Wohnungen, überall, wo sich Arbeiter befinden, die Nachricht, daß die Steinbauer, Bildhauer und Maurer Genfs für die Rechte der Arbeiter im Kampfe stehen, und sorgt dafür, daß nicht einer zur Arbeit nach Genf kommt.

Mit brüderlichem Gruß.

Genf, den 11. März 1869.

Das Comité der Steinbauer, Bildhauer und Maurer des internationalen Arbeitervereins.

P.-S. — Wir bitten alle Arbeiter und alle Zeitungen, welche die Sache der Arbeiterklasse vertheidigen, um Verbreitung dieses Rundschreibens.

h. Berlin, 17. März. In der vorletzten Sitzung des Buchdruckervereins sprach Hr. Hecht über die internationale Arbeiterassociation. Davon ausgehend, daß die Männer der Arbeit, so oft sie sich gegen das Kapital erheben, es nie aus Uebermuth sondern durch die Noth ihrer Lage gezwungen, thun, beleuchtete der Redner die praktische Seite des internationalen Verbandes. Selten sei den Arbeitern eine Aktion gelungen, weil die Presse, die auf das Volk so großen Einfluß ausübt, im Dienste des Kapitals stehe und die Arbeiter zu Gunsten der Bourgeoisie über ihre Interessen nicht auskläre. Darum sei der internationale Verband mit Freuden zu begrüßen, denn er sei allein geeignet, die Kraft der Arbeiter den rechten Zielen zuzuführen, dadurch, daß er durch seine große Zerfahrenheit der Arbeiter aufhebe und durch seine eigene Presse das Interesse der Arbeiter wahrnehme. Bereits besitze der Verband seine Presse. Welch große Zukunft derselbe habe, beweisen die Artikel des berner „Bund“, eines von der Schweizer Regierung beeinflussten Blattes, wel-

ches den Bestrebungen des internationalen Verbandes große Aufmerksamkeit zuwendet. In einem der Artikel heißt es: Der Verband, der sich schon bis nach Amerika erstreckt, trage in dieser großen Ausbreitung den Beweis der natürlichen Gesundheit, und es sei ihm, da er weder confessionelle noch nationale Unterschiede kenne, sondern nur das Gesetz der Solidarität der Arbeiterinteressen verfolge, eine große Zukunft beschieden. Schließlich wünscht zwar der „Bund“, daß dieser Verband durch seine Macht dem Kapital so weit Respekt einflößen möge, daß die Kapitalisten sich fortan zu einer bessern Behandlung der Arbeiter veranlaßt fühlen, dagegen mißbilligt er, daß der Verein als Mittelsperson aller Orten aktiv eingreife, und dem Fabrikanten das Gesetz vorschreibe. Redner meint aber, daß gerade die aktive Thätigkeit das Hauptverdienst des Verbandes sei; wenn er nur dazu dienen soll, wozu ihn der „Bund“ herabdrücken will, dann sei er ganz nutzlos. Immerhin aber sei das Bischen Wohlwollen des „Bundes“ zu achten gegenüber der ergrimten Handlungsweise der Baseler Bourgeoisie, welche der „Augsburger Allg. Zeitung“ mit Abonnementsentziehung in Masse gedroht habe, falls sie nicht ihren sozialistischen Baseler Correspondenten abschaffe. Außerdem sei es die Maxime der Baseler Bourgeoisie, keinen dem internationalen Verbands angehörigen Arbeiter zu beschäftigen, und daraus könne man schließen, welche Angst schon jetzt die Kapitalisten vor diesem Vereine haben. Eigentliche Führer habe der Verband nicht, Alljährlich aber treten die Sektionschefs, die Vertreter der einzelnen gewerblichen und nationalen Abtheilungen, zu einem Congress zusammen. Die Nothwendigkeit einer solchen Organisation müsse jeder denkende Arbeiter anerkennen, denn freiwillig würde die Bourgeoisie nie nachgeben. — Hr. Milke fügt nach dem Vortrage erörternd hinzu, daß die internationale Arbeiterassociation bereits 7 Pressorgane besitze, und daß der Nürnberger Arbeiterverband, der 29,000 Mitglieder (darunter 15,000 Oesterreicher) zähle, dem Programm des Internationalen beigetreten sei. Dasselbe Programm habe die deutsche Volkspartei in Stuttgart angenommen und der hiesige demokratische Arbeiterverein beruhe auf den Prinzipien des Nürnberger Arbeitertages und der Stuttgarter Volkspartei. Redner entwickelt darauf das Programm der Internationalen Association.

Von **Hainichen** geht uns ein längerer Bericht zu über eine Volksversammlung, in der Herr Kobitzsch aus Dresden das Programm der Volkspartei und die Candidatur Bahlteich's mit viel Geschick und unter allgemeiner Zustimmung der Versammlung empfahl. Auch Herr Mende wie Herr v. Burgsdorff hatten ihre Vertheidiger, fanden aber damit keinen Anklang. Wir sehen von einer Wiedergabe des Berichts ab, da nach der bereits vollzogenen Wahl der Bericht für die meisten unserer Leser nur von geringem Interesse ist.

Das Resultat der Wahl im Freiberg-Hainicher Wahlbezirk war, wie vorauszusehen war, ein für Bahlteich ungünstiges. Die Haft in Folge der Hohensteiner Vorgänge raubte ihm fünf kostbare Tage, so daß er erst Donnerstag, d. h. vier Tage vor der Wahl in den Bezirk reisen konnte. Mittlerweile aber hatten die Haffeldter, ausgestattet mit sehr bedeutenden Geldmitteln, bereits in den meisten Orten ihre Verbindungen angeknüpft, respektive Versammlungen abgehalten, und hatte die nationalliberale und die konservativ-partikularistische Partei für ihre Candidaten ebenfalls alle Mittel in Bewegung gesetzt; da war keine Aussicht für einen vierten Candidaten. Bei der Wahl, die am 15. März erfolgte, erhielt Herr Mende unter den 4 Candidaten die meisten Stimmen, nach ihm Kreisdirector v. Burgsdorff, so daß zwischen diesen Beiden eine engere Wahl

stattfindet. Das Organ der Nationalliberalen, die „Constitutionelle Zeitung“ in Dresden, hat bereits erklärt, daß bei der engen Wahl sich die Nationalliberalen der Wahl enthalten wollen; ein Gleiches wird die Volkspartei thun.

Berbau, d. 23. März. Am ersten Feiertag halten wir hier eine Versammlung der (Weber-) Gewerks-Genossenschaft, zu der sich bereits 200 Mitglieder eingezeichnet und je 2½ Groschen Einschreibgebühr bezahlt haben. Wir werden auch Frauen und Mädchen heranziehen. — Unser Arbeiterverein hat sich von der Stadtkrankenkasse gänzlich losgerissen und wird sich das Corporationsrecht erwerben.

Leipzig. Am Sonntag hatten die Packträger und Dienstmänner, welche der Genossenschaft beizutreten wünschen, eine Versammlung, in welcher die Herren Hermann und Liebknecht anwesend waren und die gewünschten Aufschlüsse gaben. Ein Statutenentwurf nach dem Muster des Dresdener wurde einstimmig angenommen und sofort mit der Einzeichnung in die Liste der Anfang gemacht. Die Liste liegt jetzt im Lokal des Consumvereins, Universitätsstraße, auf, und haben sich bereits sehr Viele eingeschrieben. In der nächsten Versammlung wird nun der Verwaltungsausschuß erwählt und dann unverzüglich bei den Behörden die nöthigen Schritte gethan werden. Unter den Betheiligten herrscht die größte Begeisterung, und da man sich auch die Schwierigkeiten nicht verhehlt, aber entschlossen ist, sie zu überwinden, so ist an einem guten Erfolg nicht zu zweifeln.

Berichte aus Magdeburg, Luckenwalde u. s. w. mußten wegen Mangels an Raum für die nächste Woche zurückgestellt werden.

Anzeigen.

Deutscher Arbeiter-Bildungs-Verein in London

Charles-Hotel, 71 Dean Street, Soho Square. W. London.

Soeben erschien in meinem Verlage in zweiter Auflage: Die Deutsche Arbeiterpartei.

Ihre Prinzipien und ihr Programm.
Arbeiterpreis à 2 Sgr. in Partien nicht unter 6 Exemplaren (durch den Buchhandel à 5 Sgr.).

Frühere an den Verleger der „ersten Auflage“, Hrn. A. Jonas in Berlin gerichtete und von demselben nicht expedirte Aufträge bitte ich zu wiederholen.

Berlin, im März 1869.

J. Winckler.
Waterloo-Ufer 10.

Der Thüringer Volksbote.

Organ des Thüringer Wahlvereins.

Der „Thüringer Volksbote“ erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen Postanstalten im Gebiete des früheren deutschen Postvereins, sowie hier am Orte in der Expedition des Blattes (Buchdruckerei von W. Ras) einschließlich Bringertohn 5 Sgr.; einzelne Nummern 6 Pf. — Inserate die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 6 Pf. Jena, im März 1869.

Die Expedition.

Verantwortlicher Redacteur: W. Liebknecht.
Redaktion: Braustraße 11.

„Die Zukunft“.

Demokratische Zeitung.

Neubegründet von Dr. Johann Jacoby, redigirt von Dr. Guido Weiß.

III. Jahrgang.

1867 begründet und durch Rescript des kgl. Präsid. v. Salp. wedell zum „ärgsten Schandblatt der Monarchie“ ernannt;
1868 von ihren Lesern mit der Vertheilung von 28.000 Thln. der höchsten sämmtlicher Privatcollecten, für den ostpreussischen Nothstand betraut!

1869 durch öffentliche Subscription ihrer Freunde in und außerhalb Deutschlands neu fundirt —

erscheint sechsmal wöchentlich als Abendblatt, mit den Nachrichten versendet, zum Preise von 1 Thlr. 15 Sgr. (2 fl. 42 Kr. rh.) vierteljährlich und bittet ihre alten Freunde, ihr neue zuzuführen.

Probe-Nummern auf Verlangen gratis franco.

Berlin. **Die Expedition der „Zukunft“.**
Kommandantenstraße 20.

Bestellungen
auf die

Mannheimer Abendzeitung,

Organ der deutschen Volkspartei in Baden,

wollen für das zweite Quartal möglichst frühzeitig bei der nächsten Postanstalt gemacht werden.

Verlagspreis vierteljährlich Einen Gulden.

Inserate 3 Kr. die einpaltige Petitzeile.
Probenummern stehen franco und gratis zu Diensten.

Der „Bürger- und Bauernfreund“ in Tilsit

stellt sich auch für das neue Quartal vom 1. April 1869 ab die Aufgabe, die Bürger und Bauern, kurz Jedermann, dem größeren freisinnigen politischen Zeitungen unzugänglich sind, zu belehren über das, was die Demokratie will, was sie zum Volkwohl erreichen muß, welche Mittel und Wege das Volk einzuschlagen hat, um diese Ziele zu erreichen.

Seine Aufgabe kann er nur erfüllen, wenn gegenüber den Anstrengungen der Reaction und Allem was drum und dran hängt, reaktionäre Schriften zu verbreiten, die Demokratie umfassendere Maßregeln ergreift, den „Bürger- und Bauernfreund“ im Volke, namentlich unter den ländlichen Arbeitern zu verbreiten.

Der „Bürger- und Bauernfreund“ erscheint in Tilsit im Verlage von H. Post, redigirt unter Mitwirkung von J. Reitenbach durch W. Simpson in Plickien bei Gumbinnen, jeden Freitag ½ Bogen stark, oft mit Beilage, und kostet für das Vierteljahr per Post bezogen 4 Sgr. 6 Pf. ohne Bestellgeld.

Inserate finden für 3 Sgr. die Zeile Verbreitung durch ganz Deutschland und darüber hinaus.

H. Post-Tilsit.

W. Simpson-Plickien bei Gumbinnen.

Verleger.

Redacteur.

Verantwortlicher Redacteur: W. Liebknecht. } Leipzig. } Druck und Verlag: G. W. Pollrath.
Redaktion: Braustraße 11. } Expedition: Petersstraße 18.

Hierzu eine Beilage.

Die Personenvergötterung.

Ein Beitrag zur demokratischen Krankheitslehre.

Wien, im März 1869.

Leider ist die Zeit noch nicht gekommen, wo die Demokratie in voller blühender Gesundheit auf gerader Bahn ihrem Ziele zueilt. Viele, sehr viele unsaubere Elemente durchdringen noch ihre Ader und wirken zersetzend und Fäulniß erregend auf die Organe ihres Denkens und Handelns. Wir sprechen heute von einer Krankheit, welche dem Grade ihrer Ausbreitung und ihrer verheerenden Wirkung nach so recht eigentlich den Namen der demokratischen Krankheit verdient. Die Möglichkeit einer Heilung liegt immer in der Ursache der Krankheit, und glücklicherweise ist der verständige Arzt hier mehr als irgendwo im Stande, die Ursache zu erkennen und zu bekämpfen. Die Symptome sind nur Wirkungen der Ursache; mit der Ursache schwindet die Wirkung.

Die Demokratie kämpft im Namen der Idee. Die revolutionäre Idee zu realisiren, d. h. die Wirklichkeit nach den Gesetzen der Vernunft aufzubauen, ist ihr einziges Ziel. Alle die tausendfältigen Formen, in welchen sich dieser Kampf abspielt, bewegen sich innerhalb dieses Rahmens, der allumfassend eine Fernsicht auf Jahrtausende eröffnet, ohne daß der menschliche Geist je im Stande wäre, das Ziel selbst in ganzer Wirklichkeit vor sich zu sehen. Aber die fortwährende Annäherung an dieses Ziel ist es, welche unserem Blute Bewegung, unseren Muskeln Stärke, unserem ganzen Sein glühendes Leben eingießt. Jeder, der zur demokratischen Fahne geschworen, muß sich als einzelnes Glied jener Kette von Geisern fühlen, deren gemeinsames Ziel die Verwirklichung der revolutionären Idee ist. Da diese Idee eben Alles, was ist und sein wird, in sich begreift, so kann nie und nimmermehr ein einzelner Menschengestalt im Stande sein, sie allein zu vertreten. Selbst der glänzendst begabte Mensch kann nur für einen verschwindend kleinen Theil derselben Dolmetscher sein. Er muß sich selbst dieser Wahrheit bewußt werden, und in diesem Bewußtsein liegt jene großartige, wahrhaft sittliche Bescheidenheit, welche den wahren Weisen ziert. Sobald aber der Einzelne auf diese oder jene Weise Anspruch erhebt, für sich selbst allein die Idee zu vertreten, d. h. selber die Revolution zu sein, von diesem Augenblicke an ist er todt, ein faules Glied am Körper des gesellschaftlichen Lebens. Er ist, mag er noch so sehr die Sprache der Revolution führen, mag er sich noch so oft ihren Diener nennen, ihr Todfeind — um so mehr zu bekämpfen, um so mehr zu hassen, weil er unter der Maske des Freundes auftritt. Sein Beginnen ist verächtlich, weil er in der Revolution nur das Mittel sieht, sich selbst emporzuheben, es ist fürchtbar zu strafen, weil er den Dolch dem Freunde ins Herz stößt, es ist thöricht und lächerlich zugleich, weil er wähnt, den Riesenbau der Idee in seinem kleinen Leibe aufbauen zu können. Die Demokratie aber zählt leider noch viele Jünger, welche, innerlich unfrei, sich dem Einfluß der Persönlichkeiten nicht zu entziehen vermögen, und sie sind es, welche für die obengenannten den willigen Resonanzboden abgeben, um die Organe des Egoismus zu feiern. Im Namen der Idee treiben sie den lächerlichsten Gögendienst — die Personenvergötterung. Sonderbare Schwärmer! ob ihr euren Gott Buddha, oder Jesus, oder Lassalle nennt, das ist ewig einerlei; ihr braucht eine Autorität, weil ihr die Vernunft nicht kennt, und all euer Treiben und Drängen ist nur das Ketten-

gerassel ohnmächtiger Sklaven. Vielleicht vermögt ihr eure Ketten zu zerbrechen — freie Männer zu sein vermögt ihr nie. Der ewig hinsießende Strom der Idee ist in eurem dünnen Gehirn zu einem kleinen Eisblock zusammen gefroren, und mit all eurer Begeisterung thut ihr nichts anderes, als der Mohammedaner, wenn er zu Mekka am Grabe des Propheten den heiligen Stein küßt, der einst vom Himmel herabgefallen.

Sehen wir die gegenwärtige demokratische Bewegung in Deutschland in dem Spiegel dieser allgemeinen Vernunftswahrheiten, so ist es leicht, jeder der einzelnen Gruppen, welche Anspruch erheben, die Demokratie zu sein, den ihr gebührenden Platz zuzuweisen. Sprechen wir zuerst von jenen „reinen Jüngern Lassalle's“, deren Haupt Mende, deren Mund Försterling heißt. Wir sind uns bewußt, vollkommen objektiv zu urtheilen, da wir außerhalb der praktischen Agitation stehen und die Personen nicht anders als nach ihren öffentlichen Kundgebungen richten. Zweitens aber sind wir uns gerade diesen Männern und ihren Anhängern gegenüber bewußt, wahrhafte Liebe und Verehrung für den zu besitzen, dessen Namen jene führen. Es dürfte wenige geben, welche sich diesem großen Manne unmittelbarer als wir verpflichtet fühlen, denn seine Werke waren es, die uns aus dem engen Kreis eines verknöcherten Studienganges in das weite große Feld wahrer Wissenschaft hinüber führten. Wir haben aber auch eben aus diesen Werken die Wahrheit geschöpft, daß mit der bloßen Verehrung für diesen Mann und der todtten Nachbetung seiner Worte nichts, gar nichts gethan ist, sondern daß es darauf ankommt, wie Lassalle selbst von Fichte sagt, den Geist seines Geistes kennen zu lernen und dessen Verwirklichungsarbeit zu unterstützen. Jenen Lassalleanern also — in diesem Namen schon hört man ihre Ketten rasseln — rufen wir zu: Ihr begehrt, um biblisch zu reden, eine Sünde an dem heiligen Geist. Die Idee versteinert auf euren Lippen und aus Männern des Wissens werdet ihr Männer des Glaubens; ihr schwört auf das Dogma. Ihr seid todt, und es ist nur eine Frage der Zeit, wann ihr begraben werdet. Ihr geberdet euch wie Riesen und seid ohnmächtige Zwerge; anstatt der Revolution zu leben, opfert ihr der Person, und darum seid ihr verdammt, das ewige Einerlei kleinlicher persönlicher Streitigkeiten wiederzukäuen; kurz ihr seid lächerlich und nachgerade entsetzlich langweilig geworden. Für die Revolution seid ihr verloren, denn ihr verrathet sie in jedem Worte.

Die zweite demokratische Gruppe umfaßt den „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“. Weniger von ihm selbst, als von seinem Führer wollen wir reden. Hr. von Schweizer hat schwer gesündigt, indem er den ersten Satz der praktischen Demokratie, die Führerschaft unnötig zu machen, entweder nicht verstanden hat oder nicht verstehen wollte. Er hat als persönlicher Leiter eines Organs in diesem selbst seiner Person geopfert, anstatt mit aller Kraft solche Kundgebungen schon im Keime zu ersticken. Von den Arbeiter selbst haben derartige Handlungen weniger zu bedeuten, da sie meist anfänglich nur instinktiv, selbst naiv sind, ohne daß die gefährlichen Folgen immer gleich sichtbar wären. Die Beschuldigungen, welche dem Hrn. von Schweizer von seinen Gegnern gemacht werden, übergehen wir hier, und begnügen uns nur zu constatiren, daß all seine Fehler immer und immer nur Ausflüsse von dem Grundirthum sind, daß er wähnt, persönlich die ganze Revolution vertreten zu können. Da-

gegen ist sehr anzuerkennen, daß der „Allgemeine deutsche Arbeiterverein“ zahlreiche, sehr tüchtige Mitglieder hat, und trotz der Ketten, die auf ihnen lasten, dennoch in gewisser Selbstständigkeit und mit Energie dasteht. Wir hoffen, daß die Revolution noch treue Jünger an diesen Männern der Arbeit finden wird.

Die dritte Gruppe der deutschen Demokratie ist diejenige, deren Organ dieses Blatt ist. Wir kennen sie genug, um nicht Alles in rosigem Lichte zu sehen, aber das wichtigste für uns ist, daß in ihr sich immer mehr die Zeichen einer gedrängten Massenbewegung mehren und daß die Führer relativ in den Hintergrund treten. Es bürgt dies einerseits dafür, daß die Bewegung unmittelbar aus dem organischen Leben des Volkes hervorgeht, also natürlich ist, und andererseits zeugt es von unerschütterlicher Kraft. Der feste Boden des gesunden Volkslebens muß immer und ewig die Grundlage der demokratischen Bewegungen bilden, dann sind sie unüberwindlich, wie der Riese Antäus, wenn er auf dem Boden der Mutter Erde stand.

Daß auch der österreichischen Arbeiterbewegung dieses Moment eingeklangt, daß auch ihre Führer ohne persönliches Interesse nur den sprachlichen Ausdruck des Volksgeistes bilden, ist die schönste Erscheinung, welche dem Beobachter der hiesigen Zustände entgegen tritt. In ihr liegt das Gedeihen der Zukunft.

Vorgeschichte des Norddeutschen Sonderbundes.

In der vorletzten Versammlung des deutschen Volksvereins für Hannover hielt Dr. phil. Heisterberg einen Vortrag über die Vorgeschichte des norddeutschen Sonderbundes, in welchem er die früheren Versuche Preußens, Norddeutschland von dem übrigen Deutschland loszutrennen und zu einem Sonderbunde unter preussischer Direction zu vereinigen, darlegte. Zunächst gedachte Redner des von Friedrich II. von Preußen im Jahre 1785 zu Stande gebrachten „Fürstenbundes“, welcher, gegen Kaiser und Reich gerichtet, die Aufrechterhaltung der traurigen Zustände des deutschen Reichswesens, aus denen Preußen so viel Vortheile gezogen hatte, bezweckte, und durch den die Reformbestrebungen des edlen und freisinnigen deutschen Kaisers Joseph II. vereitelt wurden. Der kleindeutsche Fürstenbund Friedrichs II. zerfiel mit des Letzteren Tode 1786. Als die französische Revolution ausgebrochen war, und, in Folge des thörichten, hauptsächlich von Preußen betriebenen Einbruchs nach Frankreich unter dem Herzoge von Braunschweig, deren Bluthen sich gegen das deutsche Reich wandten: da ließ Preußen Kaiser und Reich im Stich, und schloß mit dem Feinde den berühmten Separatfrieden von Basel (1795), welcher wiederum Norddeutschland von dem Reiche absonderte und für neutral erklärte. Das Reich den Angriffen der Franzosen bloßstellte und die Zustimmung Preußens zur Besetzung des linken Rheinufers durch Frankreich stipulirte: wofür sich denn Preußen diesseits des Rheines durch Annektionen (1801 Hannover) schadlos hielt, während Oesterreich das Reichsbanner auf den deutschen und italienischen Schlachtfeldern hochhielt. Das Jahr 1806 (im August) hat wiederum das preussische Project eines „nordischen Reichsbundes“ aufzuweisen. Der bezügliche Entwurf ist vorzüglich durch eine lächerliche Sucht nach Rangserhöhungen Seitens der Vertragsschließenden gekennzeichnet. Der König von Preußen nimmt „auf Einladung der Kurfürsten von Hessen und Sachsen“ den Titel „Kaiser von Norddeutschland“ an, diese wiederum „auf Einladung des

Königs von Preußen“ ihrerseits den Königstitel. Den Herzogen Norddeutschlands, welche dem „nordischen Reichsbunde“ beitreten wollen, wird der Großherzogtitel in Aussicht gestellt. Sollte jedoch irgendwer in Norddeutschland den Beitritt verweigern, so wird er in jenem Entwurfe mit Deposition bedroht. Das Directorium des „nordischen Reichsbundes“ besteht aus Preußen, Sachsen und Hessen, ersteres führt den Vorsitz. Die drei Directoren confisciren und theilen unter sich (auf dem Papier) die Güter des deutschen Ritterordens und mediatistren die Reichsritterschaft in Norddeutschland zu ihren Gunsten. Am 15. October 1806 sollte ein norddeutscher Fürstencongreß zu Dessau dieses Sonderbundsproject sanctioniren: indessen ward am 14. October die Schlacht bei Jena geschlagen, welche mit diesem Projecte zugleich den preussischen Staat niederwarf und in französische Vassallenschaft brachte, von der ihn erst die Niederlage Napoleons in Rußland und das Einrücken der Russen in Deutschland befreite, wie denn auch die auf dem Wiener Congreß erfolgte unmäßige Vergrößerung Preußens auf Kosten anderer deutscher Länder das Werk russischer Protection war, da Rußland daran liegen mußte, Deutschland definitiv zu spalten und die russischen Interessen in Deutschland zu stärken. Redner führte sodann aus, wie es der preussischen Partei im deutschen Parlamente zu Frankfurt a. M. gelang, die deutschen Einigungsbestrebungen zu vereiteln, indem sie mit einer Mehrheit von nur 4 Stimmen (267 gegen 263) den Beschluß durchsetzte, ein kleindeutsches (Deutschösterreich ausschließendes) Kaiserthum zu Gunsten des Königs von Preußen zu schaffen: ein Beschluß, mit dem das Parlament seine, auf Herstellung einer Verfassung für Gesamtdeutschland gerichtete Befugniß überschritt, und der daher keine rechtliche Gültigkeit beanspruchen kann. Preußen wagte, weil es zu einem Bürgerkrieg nicht gerüthet war, damals nicht, jenem Beschlusse Folge zu geben, sondern suchte auf Umwegen zu dem Ziele zu gelangen, schloß mit Sachsen und Hannover das bald wieder gelöste Dreikönigsbündniß (welches in Sachsen an dem Widerstand der großdeutschen Demokratie scheiterte), und berief eine Anzahl vormaliger Parlamentsmitglieder zu dem mandatslosen sog. Unionsparlament nach Erfurt, wo ein preussischer Verfassungsentwurf für einen kleindeutschen Sonderbund „angenommen“ wurde, ohne jemals zu tatsächlicher Bedeutung zu gelangen, da Preußen bald darauf mit Oesterreich wieder in Verhandlungen trat, die, nach vergeblichen Reformversuchen, mit der einfachen Wiederherstellung der vormaligen gesamtdeutschen Bundesverfassung endigten. Preußen vertrat seine Sonderbundspläne. Der jetzige norddeutsche Sonderbund (von 1866) sei mit ungewöhnlicher Energie, mit directer Hülfe des Auslands in Scene gesetzt, habe jedoch das öffentliche Mißtrauen gegen Preußen erregt, nicht nur in Norddeutschland, wo die norddeutschen Annektionen als ein Widerspruch gegen das bundesstaatliche System betrachtet würden, sondern in ganz Europa. Die Zukunft werde lehren, ob der gegenwärtige norddeutsche Sonderbund von festem Bestande sei, als seine Vorgänger.

(Aus der „deutschen Volkszeitung“).

Die soziale Stellung der Brauerei-Arbeiter.

Von Adolph Kröber in Heidelberg.

II.

Nur wenige Gewerbe haben in den letzten 30 Jahren einen derartigen Aufschwung genommen, wie die Brauerei. Die Mechanik und die Naturwissenschaft haben diese Ummwäl-

zung hervorgebracht. Immer mehr wird der Maschinenbetrieb in den Brauereien eingeführt. Durch Balling, Kaiser, Knobloch &c. ist die Gährungschemie Gemeingut aller gebildeten Brauer geworden. Das Gewerbe hat sich zur Fabrikation, der Meister zum Fabrikanten emporgeschwungen; folgerichtig wird nun auch das Verhältniß des „Brauereis“ zum Meister ein anderes werden müssen.

Die Lasten werden jetzt schon größtentheils von Maschinen bewegt, denn in einer wirklich praktisch eingerichteten Dampfbrauerei müssen die Stützen, Schüsseln, Büten, Säcke zu den Antiquitäten gezählt werden und sollten nie mehr in Anwendung kommen. Der Kesselbursche muß allein im Stande sein, den Brau- und Maischprozeß ohne alle Beihülfe bis zum Treberausräumen und Reinigen der Geschirre zu vollenden. Kleinere Geschäfte können sich durch Anschaffung richtig konstruierter Pumpen und kleiner Hülfsmaschinen helfen. Diese können ja leicht durch ein Göpelwerk in Bewegung gesetzt werden. Wo auch dieses nicht anzubringen ist, leistet zur Noth ein Tretrad gute Dienste. Sollten auch die Pumpen mit der Hand getrieben werden, so fassen zwei Mann einen Sud Bier doch schneller, als im anderen Falle vier mit der Butte.

Bereits ist ein großer Theil der Lastthierarbeit beseitigt, und auch der letzte Rest kann und muß abgeschafft werden. Jedoch zur Führung der Maschinen, zur schnelleren Entdeckung und leichteren Beseitigung von Hindernissen gebraucht man intelligente Arbeiter, die häßlich uüchtern sind. Darum wäre es auch sehr gut, wenn die Vorarbeiter in jeder Branche die Grundgesetze der Mechanik und Chemie verstünden. Aber unsere Brauereisleute mit ihren bekannten Untugenden und ihren Vorurtheilen gegen jede Neuerung zerstören aus Dummheit oder Bosheit die theueren Maschinen und machen hierdurch beständige Reparaturen derselben nothwendig, so daß es den Brauereibesitzern verleidet wird, mehr Maschinen anzuschaffen. Und doch liegt es nur an ihnen, diese Uebelstände durch Heranziehung von jungen intelligenten Arbeitern zu vermeiden und gleichzeitig die älteren in denkende Menschen umzuwandeln.

Zu diesem Zwecke ist es daher vor Allem nothwendig, mit dem letzten Rest der alten herkömmlichen und zünftigen Gewohnheiten zu brechen.

Man rede endlich auch die Arbeiter per „Sie“ an und gewöhne sich daran, in demselben Tone mit ihnen zu verkehren wie mit dem Buchhalter, enthalte sich aller Schimpereien und führe feste Arbeitsstunden ein. Wer die Arbeiter selbst verköppeln will, gebe höchstens zweien ein heizbares lustiges Zimmer mit guten Betten. Man wird außerdem sehr viel für die Bildung dieser Leute dadurch thun, daß man sie in den Familienkreis aufnimmt und sie durch Bande der Achtung und Freundschaft an ihre Prinzipale zu fesseln sucht. Auch für eine passende Lektüre wäre zu sorgen; dazu gehört aber, daß man ihnen, außer der nothwendigen Schlafzeit, einige freie Stunden giebt. Es ist fernher zu empfehlen, sich mit den Arbeitern zu beraten, — ihre Ansichten über die vorzunehmenden Arbeiten zu hören, — die Arbeit auf das Äußerste zu theilen, — dafür Sorge zu tragen, daß Keiner benachtheiligt wird. Im Uebrigen aber ist streng darauf zu sehen, daß Jeder den ihm angewiesenen Theil der Arbeit auf das Schnellste verrichtet.

Um der Unmäßigkeit im Trinken zu steuern, rathe ich, kein bestimmtes Quantum Bier vorzuschreiben, sondern die Leute nach Bedürfnis trinken zu lassen. Streng verboten muß aber sein, daß während der Arbeitszeit mehrere gleichzeitig zum Zapfasse gehen, — nur dem Einzelnen darf solches gestattet werden.

Bei den Mahlzeiten — an denen auch die Prinzipale mit

ihren Familien Theil nehmen müssen — unterlasse man, Jedem ein bestimmtes Maß Bier vorzusetzen, — man stelle vielmehr ein größeres Gefäß voll Bier auf den Tisch, aus dem sich Jeder nach Belieben entnehmen kann. Dieselbe Einrichtung muß auch bezüglich der Speisen getroffen werden. In größeren Geschäften könnte es auch den Arbeitern überlassen werden, selbst für Kost und Logis zu sorgen.

Der Lehrling muß den übrigen Arbeitern thunlichst gleichgestellt werden und man muß darauf sehen, daß — außer dem Prinzipal oder dem zur Anleitung bestimmten Arbeiter — kein Anderer demselben einen Auftrag geben darf. Unter solchen Umständen wird es auch an Lehrlingen nicht fehlen, die mit guten Schulkenntnissen versehen sind, — während bei den jetzigen Verhältnissen jeder Vater sich scheut, seinen Sohn einer solchen Behandlung auszusetzen, wie sie leider fast noch in allen Brauereien üblich ist. Sollten sich dennoch Fälle von Trunkenheit und Begbrücken von der Arbeit („Schraubenziehen“) vorkommen, so müßte dies streng ergrüht und im Wiederholungsfalle mit Entlassung bestraft werden.

Es bleibt nunmehr noch die Frage wegen Bestimmung der Arbeitsstunden zu besprechen übrig.

Zu einem Sud Bier gebraucht man bei dem gewöhnlichen Verfahren (2 Dick- und eine Lautermaische) 10—12 Stunden. Das Einmaischen kann im Winter 10—12 Stunden vorher geschehen. Fragen wir uns nun, was für Arbeiten unbedingt bei Nacht geschehen müssen: so finden wir, daß — außer dem Bierlaufenlassen, dem Feueranzünden und hier und da einen Malzhaufen widern — durchaus keine andere Arbeit zu verrichten ist, die nicht bis zum Morgen verschoben werden könnte. In Brauereien, in denen 10 bis 14 Sud Bier per Woche gemacht werden, muß unbedingt das Personal von der Stärke sein, daß die eine Hälfte desselben sämtliche vorkommende Arbeiten während 12 Stunden thun kann und dann von der anderen Hälfte desselben abgelöst wird. Da wo 6 — oder höchstens nur einige Wochen lang 7—8 — Sud Bier per Woche gemacht werden, genügt einfaches Personal. Nur ist es eine Forderung der Billigkeit, daß die Arbeiter für jeden Sud mehr als 6 per Woche genau denselben Arbeitslohn vergütet bekommen, welcher bei dem einzelnen Sud im gewöhnlichen Betriebe berechnet wird. Bei einem Betrieb von 6 Sud per Woche kann von Morgens 6 bis Abends 6 Uhr alle vorkommende Arbeit gethan werden. In Brauereien, in denen mehr als 5 Arbeiter beschäftigt sind, kann — jede Woche abwechselnd — ein Arbeiter sämtliche Arbeit thun, die von Abends 6 bis Morgens 6 Uhr vorkommt, incl. Besorgung der Malzdarre (deren Betrieb in wenigen Geschäften zur Nachtzeit ausgesetzt werden kann) so wie auch das Dampfleselanheizen &c. In kleinen Brauereien kann abwechselnd jede Nacht ein Anderer die Nachtarbeit verrichten. Selbstverständlich müssen dann diese Leute bei Tage ruhen können. Wenn alles Das, was ich hier angeführt, in richtiger Weise befolgt wird, und wenn die Arbeiter wissen, daß wirklich um 6 Uhr Feierabend ist: so wird man sicher darauf rechnen können, daß auch die Arbeit bis dahin geschehen ist. Für die Richtigkeit meiner Behauptung möge folgender Beweis dienen. Als Leiter einer großen Porter- und Ale-Brauerei in London bei New-York habe ich die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt und während vieler Jahre Gelegenheit gehabt, mich von der Vortrefflichkeit dieser Maßnahme zu überzeugen, obwohl es auch dort unmöglich war, die Arbeit so zu theilen, daß nicht an einem Tage viel mehr geschehen mußte als am anderen. Sehr selten kam es vor, daß wir nicht zur festgesetzten Zeit fertig waren, sehr häufig sogar früher! Ich nahm dann — nachdem ich mich davon überzeugt, daß Alles in guter Ordnung war

— keinen Anstand, die Leute auch schon früher zu entlassen. Und dazu gebrauchte ich keinen Mann mehr als vorher, wo 12 bis 18 Stunden geschunden und dabei gehörig geflucht wurde. Allerdings mußte ich darauf Bedacht nehmen, Zeit und Arbeit richtig einzuteilen. Sehr erleichtert wurde mir meine Aufgabe, als ich verschiedene Verbesserungen der Einrichtungen eingeführt hatte, so z. B. wurden Schienenstränge für Rollwagen gelegt, ferner Wasserrohre, damit zu jeder Stunde und an jedem Orte kaltes und warmes Wasser zu haben war, u.; — ich konnte dadurch das Personal sogar noch verringern. Es ist meine feste Ueberzeugung, daß diese Grundsätze sich überall durchführen lassen. Die Ausgaben für verbesserte Einrichtungen sind sicher zinsbringend angelegt. Auch darf nicht übersehen werden, daß bei Tage die Arbeit besser und pünktlicher ausgeführt wird als bei Nacht; — sagt doch die Erfahrung, daß alle Nachtarbeit nur halbe Arbeit ist. Sind einmal feste Arbeitsstunden eingeführt, dann gibt sich alles Uebrige von selbst.

Wohl werden die achtbaren Zunftmeister ob solcher Neuerungen bedenklich die ehrwürdigen Häupter schütteln und nichts thun — ja, vielleicht diese meine Vorschläge als Utopien verhöhnern und bekämpfen. Darauf bin ich indessen gefaßt und gebe mich ruhig der Hoffnung hin, daß billigdenkende Brauer sich die Sache überlegen und mit dem Rufe „Vorwärts“ auch diese Bahn des Fortschritts betreten werden.

Aus England.

London, den 18. März.

Die Chronik der verfloffenen Woche liefert einen neuen Beitrag zur sogenannten „Identität und Harmonie der Klasseninteressen der Arbeiter und Kapitalisten“. In Preston, in Lancashire, vorausgabten die Arbeiter innerhalb eines Jahres zwei Tausend Pfund Sterling an die arbeitslosen Mitglieder der Gewerks-Genossenschaften. Ein Tausend arbeitsfähige Fabrikarbeiter waren in den Armenhäusern, und zwischen 3000 und 4000 wurden von den Gemeinde-Verwaltungen an öffentlichen Arbeiten beschäftigt, damit sie der Armen-Verwaltung nicht zur Last fallen sollten. Natürlich besteht das Personal sowohl der Gemeinde- als der Armen-Verwaltung aus Bourgeois-Fabrikanten und ihres Gleichen. In demselben Maße, wie bei den Fabrikanten die Lust zunahm, die Arbeitslöhne herabzusetzen, in demselben Maße wurden die öffentlichen Arbeiten eingeschränkt, — mit andern Worten, die arbeitslosen Fabrikarbeiter wurden absichtlich in eine Lage versetzt, welche sie zwingen sollte, die noch beschäftigten Arbeiter in Schach zu halten und etwaige Pläne der Arbeitseinstellung einfach durch ihre Gegenwart zu vereiteln. Daß in Zeiten von großen Strikes keine Armenunterstützung an Leute verabreicht wird, die dem Fache, in welchem die Strikes stattfinden, angehören, ist eine alte bekannte Geschichte. So wurde z. B. vor zwei Jahren von allen Armen-Verwaltungen der Hauptstadt beschlossen, keinem Schneider Unterstützung zu gewähren. Aber Leute schon im Voraus zu verstößen, oder direkt aus den Armenhäusern zu holen, fällt nicht alle Tage vor: die Bürgerschaft von Preston hat beides gethan.

Die sogenannten „Armen-Vormünder“ („Guardians“) von Preston kamen zu dem Schlusse, daß die unterstützten Arbeiter Beschäftigung finden könnten. Unter welchen Bedingungen, läßt sich daraus ersehen, daß in den meisten anderen Städten

Lancashires die Baumwollensfabriken nur dreißig Stunden die Woche arbeiten, eine Uebereinkunft, zu welcher sich die Baumwollensfürsten von Preston nicht verstehen wollten. Die Lohnherabsetzung betrachten sie als das einzige Hilfsmittel, es wirkt nach zwei Seiten. „Volle Zeit“ fortarbeiten zu einer Zeit, wo wenig oder gar nichts zu verkaufen ist, wirft die kleinern und unbemitteltern Fabrikanten über den Haufen. Zahlreiche Bankrotte sind in der jüngsten Zeit erklärt worden und mehr stehen noch in Aussicht, wenn sich das Geschäft nicht plötzlich hebt. Viele Fabrikanten, sagt ein Bericht von Preston, sind in einer solchen Lage, daß sie durch keine Lohnherabsetzung gerettet werden können, das unausbleibliche Resultat ist also vollkommener Stillstand eines großen Theiles der Fabriken. Und dieses sind die Aussichten, welche die Armen-Vorsteher zu dem Schlusse geleitet haben, daß die bisher von der Armen-Verwaltung unterstützten Arbeiter Beschäftigung finden können, wenn sie wollen! Vorigen Dienstag wurden unter diesem Vorwande dreißig Spinner von der Liste gestrichen. Auf die Einwendungen der Beteiligten entgegnete man, daß die Armen-Verwaltung nichts mit der Höhe des Lohnes zu schaffen habe, sie sei nur gesetzlich verpflichtet, Leute zu unterstützen, die unter keiner Bedingung Arbeit finden könnten. In derselben Sitzung wurde ein Brief von den Herren J. Sellers und Söhne verlesen, in welchem die Armen-Vormünder aufgefordert wurden, alle auf der Armen-Liste verzeichneten Spinner u. s. w. in ihre Fabrik zu schicken, da sie Mangel an dergleichen Leuten hätten, indem ihre sämtlichen Arbeiter die Arbeit eingestellt hätten, statt um zehn Prozent wohlfeiler zu arbeiten. Es wurde besonders hervorgehoben, daß die Maschinerie, welche angeschafft worden, und die gute Baumwolle, welche verarbeitet werde, die Arbeiter in dem Stand setze, selbst unter herabgesetztem Stücklohn mehr zu verdienen als gewöhnlich. So geht selbst in Zeiten der Krise die weitere Ueberflüssigmachung der Arbeiter fort. Die Herren Vormünder der hilflosbedürftigen Armen beschlossen, keinem Fabrikarbeiter Unterstützung zu gewähren, bis die Herren J. Sellers und Söhne und George Smith und Söhne zu den herabgesetzten Löhnen so viele Arbeiter haben als sie brauchen.

Die Reform-Liga ist noch nicht todt, aber sie hat ihren Kopf und ihre rechte Hand verloren. Der Präsident und der Sekretär haben abgedankt. Der Präsident Beales sagte vorigen Mittwoch in seiner Abdankungsrede, daß die Liga ihren Zweck erreicht habe und die Ergänzung ihres Wertes den Männern von fortgeschrittenen liberalen Grundsätzen, die im Parlament und im Ministerium unter einem Chef von dem ausgezeichnetesten Talente die Staatsgeschäfte leiten, überlassen müsse. Sie hätten bereits viel gethan, um das wärmste Vertrauen der Arbeiter zu verdienen, und bewiesen, daß es ihnen Ernst sei. Der Erfolg der Liga habe der Welt gezeigt, wie viel durch Organisation und moralischen Druck des Volkswillens ungerechte Klasseninteressen, willkürliche Ausübungen der öffentlichen Macht, selbst die Gewalt der Waffen überwunden werden könne. „Wenn ich“, bemerkt Herr Beales u. A., „in Erwägung ziehe, wie viele Garantien wir jetzt für die künftige Wohlfahrt und gute Regierung des Landes besitzen, so kann ich keinen Augenblick zögern, mich von einem Posten zurückzuziehen, der mir viele Ehre, aber auch viele Mühe gemacht hat.“

Und worin bestehen diese „Garantien“? Darin, daß derselbe Schlag von Leuten, die in Preston die Gemeinde verwalteten, in London den Staat regieren.